



N i e d e r s c h r i f t
über die 7. - öffentliche - Sitzung
des Sonderausschusses zur Aufarbeitung der bisher gewonnenen Erkenntnisse
aus der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und - daraus schlussfolgernd -
zur Vorbereitung auf künftige pandemiebedingte
Gesundheits- und Wirtschaftskrisen
am 1. März 2021
Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Themenblock 2:**
„Stand der Forschung über die Verbreitung und Übertragung; Konsequenzen für das öffentliche und das private Leben“
Einsetzungsbeschluss - [Drs. 18/7603](#)
Aussprache, Erarbeitung des Resümees für den Abschlussbericht 5

2. **Terminierung der Abläufe und Inhalte der nächsten Sitzungen**
Festlegung des Verteilerschlüssels für die Anhörung zum Themenblock 4 „Öffentlicher Gesundheitsdienst, kommunale Umsetzung, Krankenhäuser, Auswirkungen auf die Altenheime und Familien in Zeiten einer Pandemie, Pandemieplan des Landes“ 15

Anwesend:**Mitglieder des Ausschusses:**

1. Abg. Dr. Thela Wernstedt (SPD), stellv. Vorsitzende
2. Abg. Markus Brinkmann (SPD)
3. Abg. Jörn Domeier (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
4. Abg. Deniz Kurku (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
5. Abg. Oliver Lottke (SPD) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
6. Abg. Wiard Siebels (SPD)
7. Abg. Dr. Karl-Ludwig von Danwitz (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
8. Abg. Christian Fühner (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
9. Abg. Gerda Hövel (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
10. Abg. Sebastian Lechner (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
11. Abg. Jens Nacke (CDU)
12. Abg. Kai Seefried (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
13. Abg. Helge Limburg (GRÜNE)
14. Abg. Christian Grascha (FDP)

Von der Landtagsverwaltung:

Beschäftigte Kahlert-Kirstein,
Beschäftigte Stürzebecher,
Dr. Lammers (wissenschaftliche Begleitung).

Niederschrift:

Regierungsrätin March-Schubert (TOP 1),
Redakteurin Harmening (TOP 1),
Regierungsdirektor Pohl (TOP 2), Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 13.02 Uhr bis 13.51 Uhr.

Außerhalb der Tagesordnung:*Billigung von Niederschriften*

Der **Ausschuss** billigte die Niederschrift über die
6. Sitzung.

Tagesordnungspunkt 1:

Themenblock 2:

„Stand der Forschung über die Verbreitung und Übertragung; Konsequenzen für das öffentliche und das private Leben“

Einsetzungsbeschluss - [Drs. 18/7603](#)

Das Fazit der Fraktion der Grünen und das Fazit der Fraktion der FDP zu den Anhörungen zum Themenblock 2 sind dieser Niederschrift als Anlagen 1 und 2 beigefügt.

Aussprache, Erarbeitung des Resümees für den Abschlussbericht

Vors. **Dr. Thela Wernstedt** (SPD): Wir haben uns in insgesamt drei Sitzungen sehr umfangreich mit den verschiedenen Aspekten der Forschung rund um COVID-19 und die Auswirkungen der Pandemie beschäftigt. In der letzten Sitzung haben wir Herrn Minister Thümler für den Wissenschaftsbereich gehört und uns von Herrn Staatssekretär Scholz darüber informieren lassen, welche Schlussfolgerungen seitens des Sozialministeriums aus den wissenschaftlichen Ergebnissen gezogen werden können.

Wir hatten das ehrgeizige Ziel, schon in der heutigen Sitzung ein Fazit zu ziehen. Zu fragen ist, ob die Fraktionen dies schon leisten können. Von der FDP und von den Grünen sind bereits Papiere hierzu eingegangen, von den beiden Koalitionsparteien noch nicht.

Wir beginnen mit der Aussprache. Wer möchte ein Fazit ziehen oder den Stand der Arbeiten schildern?

Abg. **Wiard Siebels** (SPD): Das Papier der Großen Koalition liegt im Entwurf vor. Lediglich die Schlussabstimmung ist noch nicht erfolgt. Die Papiere der Grünen und der FDP sind im Laufe des Vormittags bei mir eingegangen. Das Papier der Grünen habe ich auch schon einmal kurz durchgearbeitet.

Zum ersten Themenblock gab es - so habe ich es zumindest empfunden - eine weitgehende Übereinstimmung, die sich auch in den einzelnen Ergebnispapieren wiedergefunden hat. Differenzen

wurden, soweit es sie gab, deutlich herausgearbeitet, markiert und quasi an die Seite gestellt.

Im Gegensatz dazu habe ich jetzt den Eindruck, dass wir, was den zweiten Themenblock angeht, jetzt doch ein weites Feld aufgemacht haben. Im Papier der Grünen finden sich zudem viele interessante Ansätze, die ich nur zum Teil in die Ergebnisse der Anhörungen einreihen kann.

Deshalb stellt sich mir die Frage, wie wir weiter verfahren wollen. Wenn wir weiter so vorgehen wie zuletzt, führt das meiner Meinung nach dazu, dass wir am Ende drei verschiedene Ergebnisvarianten - eine der Großen Koalition, eine der Grünen und eine der FDP - und damit drei Abschlussberichte erhalten. Diese könnten wir zwar in einen Einband zwängen, sie würden sich aber inhaltlich nicht zusammenfügen. Demgegenüber müssten wir ein gemeinsames Interesse daran haben, dass Themen, in denen wir einen Konsens haben, auch gemeinsam dargestellt werden.

Deshalb würde ich es sehr begrüßen, wenn wir ein Verfahren fänden, in dem wir quasi in der laufenden Anhörung schon mit abarbeiten und festhalten, was es an der betreffenden Stelle an Konsens gibt. - Meine Anregung muss nicht heute und auch nicht vom Sonderausschuss diskutiert werden; das kann auch in einer PGF-Runde erfolgen.

Abg. **Helge Limburg** (GRÜNE): Wir haben uns in der Tat, auch was die Anhörungen angeht, ein weites Feld vorgenommen und sind uns wohl darin einig, dass allein die Fragen der Erforschung der Pandemie und ihrer Folgewirkungen einen eigenen Sonderausschuss beschäftigen könnten.

Nun zum Konkreten. Während einer Anhörung in der von Ihnen beschriebenen Weise vorzugehen, wäre vielleicht ideal, ist aber de facto schwierig. Dann müsste nach jedem Anhörungsstag ad hoc eine Aussprache erfolgen, und es gäbe keine Gelegenheit, das Gehörte zunächst in den Fraktionen zu reflektieren. Im Grunde genommen finde ich das Verfahren, das wir gewählt haben, sehr gut.

Akut ist es in der Tat schwierig. Die Papiere der FDP und der Grünen sind vergleichsweise kurzfristig eingegangen, von der Großen Koalition liegt noch kein Papier vor. Insofern wäre es sinnvoll, die Diskussion auf die nächste Sitzung zu vertagen, auch wenn man nicht immer alles ver-

tagen sollte, und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen zu bitten - das hat sich immer sehr bewährt -, im Vorfeld die Gemeinsamkeiten der Papiere deutlich herauszuarbeiten.

Ich kann jetzt noch nicht beurteilen, welche Unterschiede es zum Fazit der Großen Koalition gibt, weil deren Papier noch nicht vorliegt, aber zum jetzigen Zeitpunkt sehe ich noch nicht den ganz großen Bedarf, von dem Verfahren abzuweichen, auf das wir uns verständigt hatten.

Wir werden einen gemeinsamen Abschlussbericht des Ausschusses vorlegen, in dem - dessen bin ich ganz sicher - sehr viele gemeinsame Auffassungen der Fraktionen zum Ausdruck kommen werden. Zudem werden Herr Professor Dr. Duttge und Herr Dr. Lammers nicht nur die Mehrheitsauffassung schildern, sondern auch auf Einzelaspekte eingehen. Ich glaube nach wie vor, dass wir insoweit auf einem guten Weg sind.

Vielleicht gehen die Positionen bei dem jetzt in Rede stehenden Themenfeld wegen seiner Breite stärker auseinander. Ich denke, bei anderen Themen wird es wieder anders sein.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Für unser Papier nehme ich in Anspruch, dass wir uns auf die aus unserer Sicht relevanten Punkte konzentriert haben. Im Übrigen finde ich den Vorschlag von Helge Limburg gut, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen noch einmal mit den Papieren zu befassen. - Zu fragen ist, inwieweit die wissenschaftliche Begleitung dabei mit berücksichtigt wird. - Wenn wir so die Punkte identifizieren, die zwischen den Fraktionen konsensual sind, dann ist damit schon ein wichtiger Teil des Abschlussberichts erarbeitet, und die Arbeit muss dann nicht noch einmal gemacht werden.

Den Sitzungsablauf, den wir gewählt haben, finde ich nicht schlecht. Aber es wäre zu überlegen, ob sich die Fraktionen nicht möglichst früh nach den Anhörungsterminen abstimmen sollten.

Wenn alle drei Papiere schon seit einer Woche vorlägen, hätte man die heutige Sitzung dafür nutzen können, eine grobe politische Linie vorzugeben und festzustellen, wo Unterschiede bestehen und wo es Gemeinsamkeiten gibt. Das ist jetzt aus verschiedenen Gründen nicht möglich. Aber vielleicht können wir uns für den nächsten Themenblock vornehmen, dass wir zunächst eine Sitzung dafür nutzen, die grobe Linie abzusteu-

cken. Danach wird man es mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wahrscheinlich noch einmal im Detail bearbeiten müssen.

Abg. **Jens Nacke** (CDU): Ich kann das Ansinnen verstehen, allerdings erinnere ich mich aus der einen wie aus der anderen Position heraus, dass der Abstimmungsbedarf innerhalb einer Koalition immer etwas größer ist, während eine Opposition sich schneller abstimmen kann. Insbesondere wenn man sich nicht mit einer weiteren Fraktion abstimmen muss, ist es einfacher und gelingt es möglicherweise auch schneller, zu einem Ergebnis zu kommen. Insofern bitte ich um Verständnis, dass es manchmal ein klein wenig länger dauert, bis wir unseren Koordinationsprozess mit einem Papier abgeschlossen haben.

Wir haben - das räume ich hier freimütig ein - ein kleines Problem damit, dass jetzt Vorbereitungspapiere und noch keine Abschlusspapiere erarbeitet werden. Denn wenn wir etwas verschicken, über dem „SPD“ oder „CDU“ steht, dann wird uns jemand, der darin eine Festlegung oder eine Forderung findet, möglicherweise vorhalten, dass wir nicht bis zum Abschlussbericht warten müssen, um sie umzusetzen. Deswegen müssen wir sehr sorgfältig abwägen, was zu welchem Zeitpunkt bereits als gesichertes Erkenntnis, die wir umsetzen können und wollen, über ein solches Papier das Licht der Welt erblicken darf. Das dauert manchmal ein wenig.

Abg. **Dr. Thela Wernstedt** (SPD): Vielen Dank. - Jetzt haben wir die Positionen aller vier Fraktionen gehört.

Die heutige Tagesordnung können wir sicherlich nicht so abarbeiten, wie wir uns das ursprünglich vorgenommen hatten. Aber ich schlage vor, dass wir auf jeden Fall den beiden Fraktionen, die Papiere vorgelegt haben, Gelegenheit geben, zu diesen auszuführen, damit wir wenigstens einen Teil unseres heutigen Arbeitsprogramms erledigen. Denn wir haben einen insgesamt sehr eng gesteckten Zeitplan und können uns eigentlich keine größeren Verschiebungen mehr leisten, auch wenn eine Verschiebung in diesem Falle notwendig erscheint.

Das ist auch ein riesengroßes Themenfeld - alle haben es schon gesagt -, und das bedarf natürlich der sorgfältigen Analyse.

Abg. **Helge Limburg** (GRÜNE): Frau Vorsitzende, Ihren Vorschlag will ich gern aufgreifen, wobei ich davon ausgehe, dass Konsens darüber herrscht, dass ich unser Papier nicht in Gänze, sondern lediglich die aus Sicht meiner Fraktion wichtigsten Aspekte vortrage.

Herr Nacke, zuvor noch eine Bemerkung zu Ihnen. Selbstverständlich kennen wir die Abläufe und wissen um den größeren Koordinierungsbedarf, der natürlicherweise mit einer Koalition einhergeht.

Ich beginne mit einem nach unserer Wahrnehmung breit kommunizierten Lob. Die Forschungs- und Wissenschaftslandschaft in Deutschland und in Niedersachsen sind von den Anzuhörenden ganz überwiegend gelobt worden. Das gilt für deren Leistungsfähigkeit, für die Flexibilität, für die Reaktionsfähigkeit und für die Koordinierung.

Gleichwohl ist von verschiedenen Anzuhörenden auch deutlich gemacht worden, dass es gerade in der Krise und im Bedürfnis, spezielle Forschungsvorhaben schnell aufzulegen, ein Problem darstellt, wenn erhebliche Forschungsanteile auf Drittmittelprojekte und wenig Anteile auf die Grundfinanzierung zurückgehen. Denn Drittmittelprojekte sind immer an ein konkretes Forschungsvorhaben gebunden und können nicht ohne Weiteres in eine andere Richtung gelenkt werden. Das bleibt in diesem Bereich ein wichtiges Thema.

Auch ist die Sorge geäußert worden, dass es künftig bei nicht im engeren Sinne medizinischer Forschung Kürzungen geben könnte. Es ist deutlich gemacht worden, dass die sozialwissenschaftliche Forschung, die soziologische Forschung und andere Forschungsbereiche in der Krise und auch nach der Krise ebenfalls sehr wichtig sind und insofern ausdrücklich weiter gefördert werden müssen.

Einzelne Forschende haben Vorschläge zur Bekämpfung der Pandemie gemacht, die ich bei einem Fazit auch nicht unter den Tisch fallen lassen will. So ist das Konzept der „social bubble“ eingebracht worden. Dabei geht es weniger um die Frage, wie viele Personen man konkret treffen darf, als vielmehr um einen eng umrissenen, nicht wechselnden Personenkreis. Es ist deutlich gemacht worden, wie wichtig es ist, möglichst viel Aktivität nach draußen zu verlagern und weniger nach der Anzahl der Personen als danach zu un-

terscheiden, ob man diese drinnen oder draußen trifft, weil die Ansteckungsgefahr nach allem, was wir wissen, draußen wesentlich geringer ist.

Noch bessere Koordinierungsmöglichkeiten für Forschungsvorhaben sind angeregt worden, ebenso eine zeitnahe Erfassung anonymisierter Gesundheitsdaten, um besser gesundheitliche Entwicklungen nachzuvollziehen, und es ging um eine längerfristige Einbindung verschiedener zivilgesellschaftlicher und gesellschaftlicher Akteure z. B. über einen Pandemierat. Kurz gesagt, ging es darum, die Zusammenarbeit von Praxis, Wissenschaft und Politik stärker zu fördern.

Ein aus meiner Sicht ebenfalls wichtiger Punkt, der eingebracht wurde und der auch öffentlich diskutiert wird, bezieht sich darauf, dass diese Pandemie Menschen mit einem niedrigen sozio-ökonomischen Status sowohl gesundheitlich als auch hinsichtlich ihrer ökonomischen Situation deutlich härter trifft. Dazu muss es erstens eine gezielte sozialwissenschaftliche Forschung geben, die der Frage nachgeht, welche Maßnahmen wie einschneidend wirken und wie man diese abfedern kann, und zweitens müssen dann natürlich auch entsprechende Maßnahmen zur Abfederung ergriffen werden.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Auch ich werde unser Papier nicht komplett vorlesen, zumal es zunächst lediglich um die Zusammenfassung der Dinge geht, die bei den Anhörungen gesagt wurden und uns wichtig erschienen. Die konkreten Forderungen finden sich dann auf der dritten Seite. Hierzu kann ich an das anknüpfen, was die Grünen formuliert haben.

Zu fragen ist aus unserer Sicht erstens, inwiefern man bei zukünftigen Pandemien oder vielleicht sogar beim weiteren Pandemiegeschehen - wir wissen ja noch nicht, wie lange es noch andauert - stärker interdisziplinär koordiniert arbeitet und auch Dinge aus anderen Bereichen berücksichtigt. Die Idee des Pandemiebeirats ist für uns ein ganz wichtiger Aspekt, um auch andere gesellschaftliche und wissenschaftliche Bereiche zu berücksichtigen und ein umfassenderes Bild jenseits der reinen Infektionslage erstellen zu können.

Unser zweiter Punkt bezieht sich auf die Kriterien, die angelegt werden. Die politische Diskussion bewegt sich dahin, dass man sich demnächst vermutlich nicht mehr nur am reinen Infektionsge-

schehen, sondern auch an weiteren Kriterien und Maßstäben orientiert. Dabei ist es unserer Meinung nach wichtig, dass man über bestimmte Disziplinen hinausdenkt und Entscheidungen trifft.

Der dritte Punkt, der uns zudem besonders wichtig ist, betrifft die validen Daten über Ansteckungs- und Ausbreitungswege. Das Datenfeld hierzu ist bedauerlicherweise relativ unklar. Das macht es - auch hinsichtlich politischer Entscheidungen - schwer, jenseits von reinen Maßnahmen zur Reduzierung der Mobilität infektionssichere Begegnungen zu organisieren und zu ermöglichen.

Um die fehlenden validen Daten kurzfristig zu erhalten und auf deren Grundlage Entscheidungen zu treffen, braucht es mehr als - ich übertreibe jetzt ein bisschen - nach dem Zufallsprinzip aufgelegte Forschungsvorhaben. Vielmehr muss dies als Auftragsforschung vom Staat organisiert werden.

Abg. **Jens Nacke** (CDU): Weil nur kurz Gelegenheit bestand, die beiden Papiere durchzulesen, will ich bei aller Zurückhaltung lediglich Folgendes sagen:

Frau Dr. Priesemann hat das Konzept der „social bubble“ eingebracht und gesagt, dass man danach handeln kann bzw. soll. In der positiven Haltung zum Pandemierat wird man sich durch den Vortrag von Herrn Professor Gerhardus bestätigt finden. Den Hinweis, Treffen nach draußen zu verlegen, habe ich den Vorträgen nicht entnommen.

(Zuruf von Wiard Siebels [SPD])

- Frau Dr. Priesemann hat das vorgetragen? Das habe ich nicht mehr im Kopf gehabt.

Da werden nun also einzelne Forderungen aufgestellt, die das bestätigen, was man schon in der vorausgehenden Plenarsitzung als Erwiderung auf die Regierungserklärung gefordert hatte. Vielleicht hat man sogar einzelne Professoren oder einzelne Professorinnen eingeladen, weil man sich schon vorher an deren Position orientiert hatte. Dann kann man aber nicht schreiben, diese Dinge seien durch die Anhörung hinreichend belegt worden. Das war, mit Verlaub, nicht der Fall. Das wäre nur dann der Fall gewesen, wenn der überwiegende Teil der Anzuhörenden diesbezüglich gemeinsame Forderungen erhoben hätte.

Aufgrund der bestehenden Datenlage weiß man nicht ganz genau, wann und wo sich die Menschen anstecken. Dass das ein echtes Problem sei, haben demgegenüber - so würde ich sagen - wirklich alle Anzuhörenden als These aufgestellt bzw. eingeräumt.

Ja, wir machen das im politischen Geschehen immer so, und wir haben es auch beim letzten Mal so gemacht: Die einen sagen, sie sähen sich durch diese Fachleute bestätigt, und die anderen erklären, sie sähen sich durch jene Fachleute bestätigt. Beide Seiten haben vielleicht auch recht. Aber das macht es schwierig. Dass das so ist, ist aus den Papieren deutlich geworden.

Damit ist eine weitere Schwierigkeit verbunden. Die Aufgabe dieses Ausschusses, so wie ich sie immer verstanden habe - ich glaube, es wurde allgemein so gesehen -, besteht darin zu sagen, welche Erkenntnisse wir, nachdem diese Pandemie abgeklungen ist, darüber mitnehmen, was wir anders machen müssen, damit wir auf eine vergleichbare künftige Situation vorbereitet sind.

Nach der Unterrichtung durch Minister Björn Thümler habe ich dazu etwas ins Internet eingestellt. Ich kann berichten, wie viele Rückmeldungen ich bekommen habe, in denen gefragt wurde, ob ich schon auf die nächste Pandemie vorbereitet wolle, dass man aber auch gesagt hat, endlich sei vieles deutlich geworden.

Vorschläge dazu, wie man die jetzige Situation begleiten muss, sind im Sozialausschuss und in der dortigen Diskussion richtig und gut aufgehoben, aber sie stellen keinen gesicherten Erkenntnisgewinn über die derzeitige wissenschaftliche Lage aus unseren Anhörungen dar. Das macht es aus meiner Sicht schwierig, für diesen Themenblock zu einem richtigen und gemeinsamen Fazit zu kommen.

Abg. **Helge Limburg** (GRÜNE): Die zuletzt geäußerte Kritik kann ich insofern nachvollziehen, als wir, obwohl das vermutlich in der Öffentlichkeit anders wahrgenommen wird, durchaus bemüht sind, die Aufgaben dieses Ausschusses und die des Sozialausschusses nicht zu vermischen, sich allerdings einige Anzuhörende - was man ihnen nicht vorwerfen kann - eher zu aktuellen Fragen als zukunftsbezogen und grundsätzlich geäußert haben, was wir dann auch aufgegriffen haben.

In dem anderen Punkt teile ich Ihre Auffassung nicht ganz, Herr Nacke. Dass wir das immer so machen, ist ja kein zwingendes Argument für die Zukunft. Man könnte es ja auch anders machen. Wir kennen beide den guten, alten Grundsatz „Iudex non calculat“. Das gilt ein Stück weit auch in der Wissenschaft. Wir sind uns, glaube ich, einig, dass wir nach einer Anhörung nicht abzählen und nur das in einen Bericht aufnehmen, was die meisten gesagt haben. Dies gilt umso mehr, als wir uns in diesem Ausschuss konkret darüber verständigt haben, dass wir nicht nur ein konsensuales oder ein Fazit der Mehrheit ziehen wollen, sondern dass auch Einzelstimmen Erwähnung finden sollen.

Ich verstehe, dass, nachdem eine Person in einer Anhörung etwas sagt, hinterher in der Öffentlichkeit nicht der Eindruck erweckt werden darf, das hätten alle gesagt. Ich bin auch gern bereit, unser Papier noch einmal selbstkritisch daraufhin durchzusehen, ob dieser Eindruck entstanden ist. Aber umgekehrt kann auch nicht gelten, dass das, was nur eine Person gesagt hat, per se unter den Tisch fällt. Denn das kann ja trotzdem eine sinnvolle Anregung sein.

Dass es Zusammenhänge zwischen den Ratschlägen, die einen vorher überzeugt haben, und jenen, die man anhört, gibt, ist sicherlich so. Das wird bei Ihnen nicht anders sein, Herr Nacke. Es gibt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die in dieser Pandemie sehr viel gesagt haben, was mich aber nicht überzeugt hat. Dabei denke ich beispielsweise an Herrn Professor Homburg. Wenn sie mich vorher nicht überzeugt hatten, dann habe ich sie auch nicht für die Anhörung nominiert. Wenn andere überzeugender sind, werden sie leichter benannt.

Lange Rede, kurzer Sinn: Ich schlage vor, dass wir gleichwohl so weitermachen, wie wir es vereinbart hatten. FDP und Grüne haben heute jeweils ein Papier vorgestellt. Beim nächsten Mal wird auch die GroKo etwas schriftlich vorgestellt haben. Ich glaube in der Tat, dass dieses Themenfeld, mit dem wir uns gerade befassen, wie vielleicht kein zweites auf eine ganz große Spannbreite und Kontroverse angelegt war, weil es letztlich alle Bereiche der Pandemie berührt, da man alle Bereiche der Pandemie erforschen soll und erforschen muss. Insofern denke ich, dass sich dieses Problem bei anderen Themen-

bereichen nicht in solch großem Ausmaß stellen wird.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Auch ich möchte auf das eingehen, was Herr Kollege Nacke gesagt hat. Ein Grundproblem besteht meiner Meinung nach darin, dass dieser Ausschuss damals in der Erwartung gebildet wurde, dass wir die Pandemie jetzt, im Frühjahr 2021, überwunden haben. Im dritten Quartal des Vorjahres hat man sich gedacht, dass man sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht mehr mitten in der Pandemie, sondern eher am Ende dieses Prozesses befindet und dass man sich, nachdem die Pandemie mehr oder weniger „abgeschlossen“ ist, darum kümmern kann, Lehren zu ziehen und politische Entscheidungen vorzubereiten, um gegebenenfalls für eine künftige ähnliche Situation gewappnet zu sein.

Das ist nun anders gekommen. Wir befinden uns noch mitten in der Pandemie. Die Lehren und Erkenntnisse, die wir momentan aus den ersten zwölf Monaten dieser Pandemie ziehen, können gegebenenfalls andere sein als die im Frühjahr 2022, falls wir uns dann noch einmal zusammensetzen.

Selbstverständlich muss man versuchen, die Arbeit dieses Ausschusses von der des Sozialausschusses abzugrenzen, und darum sind wir auch bemüht. Aber das wird nicht in jedem Punkt gelingen, weil wir uns eben, wie gesagt, noch mitten in der Pandemie befinden.

Herr Nacke, Sie haben die fehlende Datenbasis bezüglich der Übertragungswege angesprochen, die viele Anzuhörende betont haben. Zumindest von allen, die nicht Virologen oder Epidemiologen sind, wurde im Übrigen gesagt, dass die interdisziplinäre Arbeit in dieser Krise zu wenig berücksichtigt werde. Abgesehen davon, dass dies auch eine unserer Forderungen ist, haben also auch einige andere davon gesprochen.

Ich denke, dass man für zukünftige Krisen dieser Art, zumindest wenn sie so lange andauern wie die jetzige, Strukturen schaffen muss, um Entscheidungen möglichst nicht nur auf einen Bereich bezogen zu treffen, sondern im Blick zu behalten, welche Auswirkungen diese Entscheidungen an anderer Stelle haben. Das ist etwas, was man meines Erachtens im Ausschuss konsensual festhalten kann und auch sollte.

Vors. **Dr. Thela Wernstedt** (SPD): Ich möchte nachfragen: Zwei Fraktionen haben jetzt von einem Pandemierat gesprochen. Es gibt ja bereits unterschiedliche Kommissionen, die sowohl die Legislative als auch die Exekutive partiell oder auch dauerhaft beraten können. Ich denke an den Deutschen Ethikrat, ich denke an Enquetekommissionen, die sich Parlamente zu verschiedenen Themen geben können. Das haben auch wir in dieser Wahlperiode schon vielfach getan. Was schwebt Ihnen darüber hinaus konkret vor, was die Ausgestaltung eines solchen Gremiums betrifft?

Abg. **Helge Limburg** (GRÜNE): Ich könnte diese Frage einfach mit dem Verweis auf den Gesetzesentwurf meiner Fraktion beantworten. Andererseits geht es jetzt eher um ein Fazit aus den Anhörungen. Dort ist dies nach meiner Erinnerung von den Expertinnen und Experten, die sich überhaupt zu dieser Frage geäußert haben, nicht näher konkretisiert worden, sondern es ist eher in allgemeiner Form von einem Rat angesprochen worden, der die politischen Entscheidungen in der Pandemie nicht nur aus virologischer Sicht, sondern interdisziplinär begleiten soll und dem Kräfte aus verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen angehören sollen. Ich würde es als Fazit dabei belassen.

Abg. **Christian Grascha** (FDP): Auch nach meiner Erinnerung ist niemand detailliert hierauf eingegangen, und es wurden lediglich Schlagwörter wie „interdisziplinär“ genannt. Abgesehen davon, dass das Parlament nach unserer Vorstellung bei der Krisenbewältigung eine größere Rolle spielen sollte, plädiere ich für meine Fraktion dafür, ein solches Gremium dort anzusiedeln, wo die Entscheidungen im Wesentlichen getroffen werden. Wenn das aktuell auf der Regierungsseite geschieht, dann ist auch das Gremium auf der Regierungsseite anzusiedeln, und wenn zumindest die grundsätzlichen Entscheidungen im Parlament getroffen würden, was wir befürworteten, dann sollte es eher im parlamentarischen Bereich angesiedelt sein.

„Interdisziplinär“ heißt, es geht um unterschiedliche Betrachtungsweisen, wahrscheinlich überwiegend von Wissenschaftlern. In anderen Bundesländern, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen, gibt es schon eine Anmutung eines Pandemiebeirats. Allerdings könnte der Eindruck entstehen, es handele sich hierbei um nicht demo-

kratisch legitimierte Gremien mit der Kompetenz, über Empfehlungen hinauszugehen und politische Entscheidungen zu beeinflussen.

Insoweit bin ich durchaus zurückhaltend und spreche mich dafür aus, dass die gewählten Volksvertreter, die diese demokratische Legitimation besitzen, die notwendigen Abwägungsentscheidungen treffen. Ein Beirat hätte dabei auf der Ebene der Wissenschaftler eine „Vorfilterfunktion“.

Abg. **Jens Nacke** (CDU): Es wäre unfair, jetzt Textarbeit an den Vorlagen der Grünen oder der FDP zu machen. Aber ich will an ihnen exemplarisch etwas zum Pandemierat deutlich machen.

Was ist also gesagt worden? Es wurde gesagt - das würden wahrscheinlich alle mittragen -, es müsste eine stärkere interdisziplinäre Einbindung von Wissenschafts- und Forschungsergebnissen geben, und die Pandemie dürfe nicht nur, wie man in der ersten Zeit den Eindruck hatte, medizinisch oder virologisch betrachtet werden. Zu der Frage, wie das genau passieren soll, hat sich keiner geäußert.

Jetzt gibt es aber zwei unterschiedliche Sichtweisen. Die einen sagen, dass wir in dieser aktuellen Pandemie sofort einen Pandemierat einrichten müssen. Andere würden sagen, das sei möglicherweise ein Problem. Dieser Ausschuss neigt eher der Sichtweise zu, dass wir sichergestellt wissen müssen, dass in einer erneuten vergleichbaren Lage alle Forschungsbereiche eingebunden werden. Dass man zumindest über das Letztgenannte einmal nachdenkt und die Gedanken auch festhält, wäre meiner Ansicht nach eine gute Anregung in einem Fazit.

Die Grünen haben in ihrem Papier von einer langfristigen Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure gesprochen. Darunter würde ich die unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen gerade nicht fassen. Zivilgesellschaftlicher Akteur ist ja jeder. Ich habe noch nie jemanden getroffen, der nicht zu den zivilgesellschaftlichen Akteuren gehört, und ich weiß auch - ich erlaube mir diesen frechen Satz -, dass die Grünen kein Papier produzieren können, in dem dieser Begriff nicht mindestens einmal vorkommt. So ist er eben auch in diesem Papier untergebracht worden. Aber für den Pandemierat hat das kein Mensch gefordert, und ich sehe auch überhaupt nicht, wie ein Pan-

demierat gegründet werden kann, an dem zivilgesellschaftliche Akteure beteiligt werden.

In der letzten Woche bei der Aussprache zur Unterrichtung durch Herrn Minister Thümler habe ich schon deutlich gemacht, dass man vielleicht in einer Pandemielage oder gesundheitlichen Lage so ähnlich wie beim Katastrophenschutz vorgehen könnte, bei dem man weiß, wer was tun muss und wie er reagieren muss, wenn ein Katastrophenfall eintritt, sodass man schnell handlungsfähig ist. Das ist, glaube ich, auch von beiden Fraktionen so festgehalten worden. Dass wir insoweit nicht hinreichend vorbereitet waren, könnte eines der Ergebnisse sein.

In diesem Zusammenhang könnte auch gefragt werden, wie und in welcher Form man interdisziplinäre Wissenschaft und Forschung stärker einbindet, sodass es zu einer dauerhaften Begleitung kommt. Auch hierauf könnte man sich vielleicht gemeinsam verständigen.

Abg. **Wiard Siebels** (SPD): Für mich würde im Vordergrund stehen, dass wir am Ende einen Abschlussbericht erhalten, der uns und allen anderen möglichst weiterhilft.

Ich räume ein, dass ich möglicherweise selbst einem Denkfehler unterlegen bin, bin mir dessen aber noch nicht ganz sicher. Deswegen stelle ich Folgendes bewusst zur Debatte.

Ursprünglich hatte ich einen Abschlussbericht vor Augen, der dem ähnelt, was wir als schriftliche Berichte zu Gesetzgebungsvorhaben bekommen, in denen die Landtagsverwaltung im weitesten Sinne schriftlich niederlegt, wie die Beratungsprozesse in einem bestimmten Ausschuss vonstatten gegangen sind und wie sich welche Fraktion positioniert hat.

Eigentlich würde ich mir hier aber einen weitergehenden Konsens darüber wünschen - jetzt komme ich auf das Beispiel des Pandemiebeirats zurück -, dass man wissenschaftliche Erkenntnisse bündelt, zugänglich und nutzbar macht, also einen Wissenstransfer zwischen Forschung und den Entscheidern im weitesten Sinne schafft, ganz gleich, ob damit nur die Legislative oder nur die Exekutive oder beide gemeint sind oder ob man es sogar noch weiter fasst.

Ich unterstelle, dass es darüber einen Konsens gibt. Das kann man vielleicht als ein Ergebnis der

Anhörungen der vergangenen Wochen festhalten. Sollte dies nicht der Fall sein, kann man auch darüber diskutieren.

Diesen Konsens haben wir aber nie als solchen festgehalten, sondern wir betonen jetzt den Dissens, weil beispielsweise die Grünen sagen, sie wollten einen Pandemiebeirat einrichten, und CDU und SPD das erkennbar kritischer sehen.

Deshalb würde ich mir wünschen, dass wir im Verfahren versuchen, bei einzelnen Punkten - das sind jede Menge; gerade dieser Bereich hat sich als wirklich weites Feld gezeigt - immer zu schauen, was Konsens ist, und wenn etwas Konsens ist, einen Haken daran machen. Am Ende bleibt dann z. B. strittig, ob es einen Pandemiebeirat in einer festen Zusammensetzung geben soll, ob er sofort einzurichten ist oder erst, falls es zu einer erneuten Pandemie kommt.

Für das weitere Verfahren würde ich mir also wünschen, dass wir immer dort, wo ein Konsens besteht, diesen auch markieren und festhalten, wobei ich in der Frage, wie man das macht, völlig offen bin. Aber das müsste im Interesse aller Fraktionen liegen, weil man so nicht Gefahr läuft, dass irgendetwas hinten herunterfällt. Das wäre meine Sorge, wenn wir einfach drei Papiere nebeneinanderstellen. Damit erhält man zwar eine gewisse Schnittmenge, aber es drohen Dinge, die konsensfähig wären, nicht als Konsens markiert zu werden und damit nicht als gemeinsame Forderung für die Zukunft in einem Abschlussbericht aufzutauchen.

Ich würde mir wünschen, dass sich diesen Abschlussbericht vielleicht sogar nachfolgende Generationen noch aus dem Regal ziehen, weil sie sagen: Man hat sich seinerzeit zusammengesetzt, und dabei ist etwas herausgekommen.

Abg. **Helge Limburg** (GRÜNE): Herr Siebels, ich denke, es ist fast konsensual, bei den Strategien zur Bekämpfung einer Pandemie einen möglichst breiten Ansatz in den Blick zu nehmen. Alle, die etwas dazu gesagt haben, haben gesagt, so muss man das machen.

Darüber, wie ein Pandemierat aussehen soll, werden die Auffassungen möglicherweise auseinandergehen. Aber es ist auch zu fragen, wie detailliert eine solche Empfehlung in einem Abschlussbericht auftauchen muss. Möglicherweise reicht es aus, dass man diesen benennt und sagt,

dass hierzu verschiedene Konzepte diskutiert worden sind.

Ausdrücklich widersprechen muss ich Ihnen, Herr Nacke, allerdings im Hinblick auf die Zivilgesellschaft. Wenn Sie sich den Expertenrat des Nachbarbundeslandes Nordrhein-Westfalen anschauen, der zur Begleitung der Anti-Corona-Maßnahmen eingerichtet wurde, so finden sich darin zwar überwiegend Professorinnen und Professoren verschiedener Fachrichtungen, aber der Sozialdienst katholischer Frauen e. V., die Deutsche Telekom AG, und das rheingold institut - also einzelne zivilgesellschaftliche Kräfte - sind ebenfalls vertreten.

Auch in unserem Gesetzentwurf haben wir angeregt, beispielsweise Vertreterinnen und Vertreter der Kirchen, der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände zu berufen. Machbar ist dies also, gerade wenn man anerkennt, dass die Maßnahmen gegen eine solche Pandemie nicht nur wissenschaftliche Begleitung erfahren sollten, sondern dass es auch wichtig ist, laufend Rückmeldung darüber zu erhalten, welche Auswirkungen sie in der Praxis haben.

Das war nichts, was sich aus den Anhörungen im engeren Sinne ergeben hat. Aber die Diskussion ist ja jetzt erweitert worden. Deshalb wollte ich hierauf noch einmal eingehen. Aus meiner Sicht können wir als Konsens festhalten, dass es notwendig ist, für eine zukünftige Pandemiebegleitung einen solchen breiten Ansatz zu ermöglichen.

Nun noch etwas Persönliches. Ich denke, wir sollten uns in diesem Ausschuss auch schon deshalb nicht allzu sehr im Detail streiten, weil wir am Ende nur ein Credo für die Zukunft abgeben. Was welche Landesregierung, welches Parlament dann daraus macht, ist aus guten Gründen diesen überlassen.

Abg. **Jens Nacke** (CDU): Ich will in die Diskussion nicht weiter einsteigen. Ein breiter gefasstes Gremium ist sicherlich möglich. Ich bezweifle aber, ob die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dies in den Anhörungen gefordert haben.

Mir ist nur wichtig - deswegen hatte ich noch einmal um das Wort gebeten -, dass deutlich wird, dass wir die Aufgabe des Ausschusses so betrachten, wie ich sie skizziert habe, und alleine

schon deswegen darauf achten werden, dass jene Anregungen, die sich aus unserer Sicht sehr intensiv darauf beschränken, die aktuelle Situation zu begleiten, in unseren Forderungskatalogen nicht auftauchen. Denn wir sind der Auffassung, dass hierfür die aktuelle Landesregierung über den Sozialausschuss, der die Pandemielage begleitet, der richtige Adressat ist.

Mir ist es wichtig, noch einmal zu betonen, dass das nicht automatisch heißt, dass wir diese Forderungen ablehnen, sondern nur, dass wir sie nicht als Empfehlungen des Sonderausschusses aufnehmen wollen.

Ich habe es vorhin schon angesprochen: Die deutliche Verlagerung der Kontakte nach draußen wäre z. B. ein Punkt, bei dem ich sagen würde, das zielt nicht darauf ab, grundlegende Änderungen zu schaffen, sondern dabei geht es darum, in der jetzigen Pandemielage eine Reaktion vorzusehen. Darüber könnte man trefflich diskutieren. Das war ja beim letzten Plenum bzw. bei der letzten Regierungserklärung auch der Fall. Wenn man darüber diskutiert, kann man, so glaube ich, deutlich erkennen, dass sich das mit unserer Linie nicht deckt, weil wir die Aussage, was drinnen gefährlich sei, sei draußen ungefährlich, für zu pauschal halten. So war es auch nicht gemeint. Das hat Frau Hamburg im Plenum ausgeführt. Aber das ist die Botschaft, die nach unserer Meinung damit transportiert wird. Daher halten wir das für schwierig.

Aber all das spielt in diesem Ausschuss nicht die vorrangige Rolle, sondern ist Gegenstand der Beratungen im Sozialausschuss. Für uns geht es entscheidend darum, welche Erkenntnisse wir für spätere Entscheidungsprozesse gewinnen.

Vors. **Dr. Thela Wernstedt** (SPD): Gibt es weitere Fragen, Ergänzungen oder Anmerkungen zu dem, was die Sprecher der beiden Oppositionsfraktionen zu ihren Positionspapieren vorgetragen haben? - Das ist nicht der Fall. Da wir an dieser Stelle heute nicht weiterkommen können, schließe ich diesen Tagesordnungspunkt.

Weiteres Verfahren

Der **Ausschuss** kam überein, die Aussprache und Erarbeitung des Resümées für den Abschlussbericht nach Vorlage des Fazits der Frak-

tionen der SPD und der CDU in der Sitzung am
8. März 2021 fortzusetzen.

Tagesordnungspunkt 2:

Terminierung der Abläufe und Inhalte der nächsten Sitzungen

hier: Festlegung des Verteilerschlüssels für die Anhörung zum Themenblock 4 „Öffentlicher Gesundheitsdienst, kommunale Umsetzung, Krankenhäuser, Auswirkungen auf die Altenheime und Familien in Zeiten einer Pandemie, Pandemie-Plan des Landes“

Abg. **Wiard Siebels** (SPD) sprach sich dafür aus, dass die großen Fraktionen jeweils zwei Anzuhörende und die kleinen Fraktionen jeweils einen Anzuhörenden bzw. eine Anzuhörende für die mündliche Anhörung in der Sitzung am 3. Mai 2021 zu dem Themenblock 4 „Öffentlicher Gesundheitsdienst, kommunale Umsetzung, Krankenhäuser, Pandemieplan des Landes, Auswirkungen auf die Altenheime und Familien in Zeiten einer Pandemie, Pandemie-Plan des Landes“ benennen können sollten. Ergänzend dazu sollte eine schriftliche Anhörung durchgeführt werden.

Abg. **Helge Limburg** (GRÜNE) war mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden, wenn für die schriftliche Anhörung keine Quote für die großen und kleinen Fraktionen festgelegt werde.

Abg. **Jens Nacke** (CDU) war ebenfalls mit dem Verfahrensvorschlag einverstanden. Unter der Voraussetzung, dass sich die Vorschläge für die schriftliche Anhörung zahlenmäßig in dem üblichen Rahmen bewegten, hielt der Abgeordnete eine Quotierung für die schriftliche Anhörung nicht für erforderlich.

Über dieses Verfahren bestand im **Ausschuss** Einvernehmen.

Frau **Kahlert-Kirstein** (LTV) bat darum, die Anzuhörenden bis zum 22. März 2021 zu benennen.

Sonderausschuss zur Aufarbeitung der bisher gewonnenen Erkenntnisse aus der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und - daraus schlussfolgernd - zur Vorbereitung auf künftige pandemiebedingte Gesundheits- und Wirtschaftskrisen

Fazit der Anhörung „Stand der Forschung über die Verbreitung und Übertragung; Konsequenzen für das öffentliche und das private Leben“

Fortschreitende Klimazerstörung, mangelnder Umwelt- und Artenschutz erhöhen das Risiko weiterer Pandemien, wie Expert*innen in der Anhörung deutlich machten. Die Anstrengungen zur umfassenden Sicherung und Erhalt unserer Lebensgrundlage müssen daher deutlich verstärkt werden. Auch aus wirtschaftlicher Sicht betragen die langfristigen Präventionskosten nur einen Bruchteil der Folgekosten einer globalen Pandemie.

Eine pandemieresilientere Gesellschaft kann nur erreicht werden, wenn aus den Erfahrungen der COVID-19-Pandemie die richtigen Schlüsse erfolgen. Ein zentraler Aspekt ist das Vertrauen der Bevölkerung in die beschlossenen Maßnahmen und die Auskünfte der entsprechenden öffentlichen Institutionen. Eine konsistente und nachvollziehbare Kommunikation wurde als entscheidend bewertet. Unterschiedliche wissenschaftliche Ansätze können und sollen öffentlich diskutiert werden, aber es bedarf einer einheitlichen und kontinuierlichen Kommunikation der Entscheidungsträger*innen sowie einen offenen Umgang mit Fehlentscheidungen, die gerade in Ausnahmesituationen unvermeidlich sind.

Eine Erarbeitung von ausführlichen Krisenplänen für verschiedene Szenarien ist dringend zu empfehlen, daher sollten auch bestehende Katastrophenschutzpläne umfassend aktualisiert werden. Viele der aktuellen Erfahrungen können in diese Pläne einbezogen werden, um besser auf weitere Krisen vorbereitet zu sein. Ein systematisches Risikomanagement muss dazu in zukünftige Strategien eingebunden werden. Die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie machen deutlich, wie wertvoll die öffentliche Infrastruktur, insbesondere die Einrichtungen der Gesundheitsversorgung sind. Diese Einrichtungen in öffentlicher Hand zu erhalten und finanziell, vor allem personell und im IT-Bereich, ausreichend abzusichern, ist aus unserer Sicht unerlässlich, um für zukünftige Herausforderungen handlungsfähig zu bleiben. Pandemieresistente Mobilitätskonzepte und auch Kommunikationskonzepte (SORMAS, Austausch von LGA, RKI, Bundesländern und Landkreisen (inkl. Dokumentationen), sind in diesem Zusammenhang sofort umzusetzen und finanziell abzusichern. Prävention, Pandemievorsorge- und Bekämpfung, sowie ein gut vorbereiteter Katastrophenschutz dürfen nicht von der aktuellen Kassenlage abhängig sein.

Für die nächsten Monate bzw. für dieses Jahr ist ein gut strukturierter und langfristiger Handlungsplan unerlässlich, dieser langfristige Handlungsplan muss mit klaren Kommunikationsmaßnahmen begleitet werden, die nachvollziehbare Ziele beinhalten. Mit einem deutlichen Bekenntnis zu niedrigen Fallzahlen in Kombination mit einer effektiven Bekämpfungsstrategie aus

Maßnahmen, umfangreichen Testungen und Impfungen, kann die Corona-Pandemie in diesem Jahr effektiv kontrolliert werden.

Ein weiterer zentraler Baustein muss die doppelte Kontaktnachverfolgung sein, die einerseits ohne Zeitverzug durch die Gesundheitsämter geleistet wird und andererseits parallel durch die Infizierten selbst stattfinden muss. Infizierte sollten angehalten werden, jegliche Kontakte sofort zu informieren. Quarantäneanordnungen müssen ebenfalls schnell erfolgen und im Zweifelsfall auch Personen umfassen, die ohne Quarantäneanordnung weiterarbeiten müssten.

Um die psychosozialen Folgen der COVID-19-Pandemie abzufedern, sollte das Konzept der festen Kontakte (Social Bubble) stärker genutzt werden, in Verbindung mit der Verlagerung möglichst vieler Kontakte nach draußen, also unter freiem Himmel statt in geschlossenen Räumen. Auch im Hinblick auf mögliche weitere Pandemien muss die interdisziplinäre Forschung sowohl zum Infektionsgeschehen, als auch zu der Wirkung von einzelnen Lockdownmaßnahmen und möglicher negativer Auswirkungen von Lockdownmaßnahmen auf alle gesellschaftlichen Bereiche, ausgeweitet werden.

Unsere Fraktion begrüßt die international stark erhöhten Mittel für Forschung und Wissenschaft, dabei ist uns eine langfristige Perspektive für alle Forschungsfelder sowie der Lehre wichtig, auch nach dem Ende der Pandemie. Zudem müssen weitere Mittel in die Prävention zukünftiger Krisen fließen. Die Erhöhung der finanziellen Mittel im Rahmen der COVID-19-Pandemie darf nicht zu einem Sparkurs in anderen Forschungsfeldern führen, z.B. wurde selbst im Rahmen der COVID-19-Pandemie die Therapeutikaentwicklung vernachlässigt. Besonders hervorzuheben ist eine Sicherung und Ausweitung der Grundfinanzierung aller Forschungsbereiche, die auch flexibel für Krisensituationen herangezogen werden kann. Hierzu sollte für die Grundfinanzierung der Hochschulen eine jährliche Steigerung der Sachmittelkosten von 3% vorgesehen werden, analog zu den außeruniversitären Forschungseinrichtungen.

In der Anhörung wurde deutlich: Alle Wissenschaftsbereiche sind in großen Krisen, wie der COVID-19-Pandemie, gefordert und können nur gemeinsam Auswege aufzeigen. Einzig eine breit aufgestellte Forschungslandschaft ist adäquat in der Lage, auf Krisen zu reagieren und umfassende Expertise zu liefern. Eine hohe Drittmittelabhängigkeit steuert Wissenschaft zu stark in eine Richtung und schwächt die Resilienz. Drittmittelbeschäftigte sind eine weitere Schwäche des Drittmittelsystems, da diese kaum oder nicht für andere Forschungsschwerpunkte eingesetzt werden können.

Bei hoher gesellschaftlicher Dringlichkeit muss Forschungsförderung schneller und unbürokratischer erfolgen. Die klassischen Ausschreibungen wurden teils als „nicht geeignet“ für die aktuelle Lage beschrieben. Hier bedarf es eines angepassten, flexiblen Verfahrens für Ausnahmesituationen wie das aktuelle Pandemiegeschehen. Wenn sich kurzfristig eingerichtete Forschungsprogramme ausschließlich an Universitätskliniken richten, werden viele Einrichtungen mit umfassender Expertise ausgeschlossen, solche Vorgänge sorgen für großen Unmut. Eine faire Chancengleichheit in der Forschungslandschaft muss auch unter besonderen Umständen gewährleistet bleiben.

Die Vernetzung der Forschungseinrichtungen wurde von den Anzuhörenden als sehr gut beschrieben, u.a. leisten die Deutschen Zentren für Gesundheitsforschung, die in verschiedenen Bereichen eingerichtet worden sind, hier einen wichtigen Beitrag. Durch das Helmholtz-Zentrum für Infektionsforschung (HZI), die Medizinische Hochschule Hannover (MHH), das Zentrum für Experimentelle und Klinische Infektionsforschung TWINCORE, sowie das Max-Planck-Institut Göttingen, sind wichtige Forschungszweige in Niedersachsen angesiedelt. In der Pandemie hat sich ein starker bundesweiter und internationaler Austausch bestens bewährt und verdient ausdrückliche Anerkennung und langfristige finanzielle Absicherung.

Mit dem Corona-Forschungsnetz Niedersachsen (COFONI) konnte ein wichtiges Netzwerk etabliert werden, die umfangreiche Finanzierung von 8,4 Millionen Euro ist zu begrüßen, allerdings war die Finanzierung zum Zeitpunkt der Anhörung immer noch nicht freigegeben. Hier zeigt sich exemplarisch, wie wichtige zeitkritische Vorhaben durch zu wenig Flexibilität ausgebremst werden können. Eine effektive und agile Verwaltung muss in Krisenzeiten essenzielle Vorhaben hoch Priorisieren und unmittelbar umsetzen.

Deutlicher Verbesserungsbedarf wurde bei der Datenlage angemahnt. Aus allen wesentlichen Gesundheitsbereichen müssen aktuelle, anonymisierte Daten zur Verfügung stehen um Entwicklungen und Muster frühzeitig zu erkennen. Aktuell werden „17 verschiedene“ Register gefördert, ein zentralerer Ansatz ist unabdingbar (An dieser Stelle wird auf den Abschlussbericht der Enquetekommission „Sicherstellung der ambulanten und stationären medizinischen Versorgung in Niedersachsen“ verwiesen). Der Öffentliche Gesundheitsdienst muss in die Lage versetzt werden, an Forschungsvorhaben mitzuwirken, hier besteht weiterer Verbesserungsbedarf, insbesondere bei der Begleitung regionalisierter Maßnahmen. Eine bundesweite Vereinheitlichung der Vielzahl unterschiedlicher Software wird ebenfalls als deutliche Optimierungsmöglichkeit gesehen.

Anzuraten wäre auch eine systematische Auswahl von Fachrichtungen der Wissenschaft für Anhörungen in Parlamenten und Beratungsgremien der Exekutive, die bisher eher wenig koordiniert abläuft. Ferner ist zu erwägen, ob bei langfristigen Krisen ein Pandemierat eingesetzt wird, in dem sich Vertreter*innen verschiedener Interessensgruppen mit Expert*innen als Wissenschaft und Politik fortlaufend austauschen, um wesentliche Teile der Zivilgesellschaft fortlaufend in den Prozess einzubeziehen, in eine ähnliche Richtung geht der Vorschlag eines „Public-Health-Beirates“, die Vorschläge für mehr Beteiligung und einen systematisierten Austausch begrüßt unsere Fraktion ausdrücklich.

Die COVID-19-Pandemie hat umfangreiche Auswirkungen auf den Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Menschen mit geringem sozioökonomischen Status weisen ein höheres Infektionsrisiko auf und leiden teils unter schlechterer medizinischer Versorgung. Hier wurden von den Anzuhörenden die Implementierung evidenzbasierter Handlungskonzepte empfohlen um diese Auswirkungen abzumildern.

Zudem müssen die Nebenwirkungen von Lockdownmaßnahmen durch die Sozialwissenschaften umfassend ausgewertet werden, auch um einzelne Maßnahmen in ihrer Gesamtbilanz besser abwägen zu können. Insgesamt bedarf es einer langfristig orientierten Sozialforschung zu Pandemiefolgen und Pandemieprävention, die entsprechend finanziell gefördert werden muss.

Im Bereich der Krankenhausversorgung wurden die insbesondere für Unikliniken nicht ausreichenden Ausgleichszahlungen für COVID-Patient*innen auf den Normalstationen als Problem genannt. In der zweiten Pandemiewelle reicht die bisherige finanzielle Entschädigung durch das Freihalten von Betten für Covid-19 Patient*innen und der Wegfall/das Verschieben von nicht lebensbedrohlichen Operationen auch für alle Krankenhäuser der Grund- bis Maximalversorgung nicht aus und lässt weiterhin auf sich warten. Außerdem zeichnet sich ein extremer Mangel im Pflegebereich ab, durch den das bisherige Leistungsniveau nicht mehr aufrechterhalten werden könnte. Ferner wurde die Unterrepräsentanz von praktizierenden Mediziner*innen in der öffentlichen Debatte kritisiert.

Die Anhörung macht Handlungsbedarf insbesondere in folgenden Bereichen deutlich:

- Intensivierung von Ursachenforschung und –Prävention von Zoonosen
- Klima- und Umweltschutz deutlich ausweiten
- Erarbeitung von Krisenplänen für verschiedene Szenarien, Aktualisierung von Katastrophenschutzplänen
- Stärkung und Sicherung öffentlicher Infrastruktur, insbesondere im Gesundheitsbereich
- Stringentere und offenere Krisenkommunikation
- Ein verlässlicher Handlungsrahmen für die nächsten Monate
- Beschleunigung von Kontaktnachverfolgung und Quarantäneanordnungen
- Ausweitung von Impfungen und Schnellteststrategien
- Verstärkte Nutzung des Konzeptes der „Social Bubble“
- Verlagerung von deutlich mehr Kontakten nach draußen
- Ausweitung der Forschung zu Folgen einzelner Lockdownmaßnahmen
- Langfristige Sicherstellung der Hochschul- und Forschungsfinanzierung
- Schließung von Finanzierungslücken bei Ausgleichszahlungen für Unikliniken und Krankenhäusern
- Weitere Maßnahmen gegen drohenden Pflegenotstand einleiten
- Kritische Analyse der Schwachstellen des Drittmittelsystems
- Bessere Koordinierungsmöglichkeiten von Forschungsvorhaben
- Beschleunigte Ausschreibungsverfahren bei Krisenrelevanz
- Zentrale, zeitnahe Erfassung anonymisierter Gesundheitsdaten
- Systematisierte Auswahl wissenschaftlicher Expertise
- Langfristige Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure z.B. über einen Pandemie-Rat
- Zusammenarbeit von Praxis, Wissenschaft und Politik
- Maßnahmen für Menschen mit niedrigen sozioökonomischen Status
- Bundesweit einheitliche Software für kritische Bereiche



Sonderausschuss zur Aufarbeitung der bisher gewonnenen Erkenntnisse aus der Bekämpfung der COVID-19-Pandemie und - daraus schlussfolgernd - zur Vorbereitung auf künftige pandemiebedingte Gesundheits- und Wirtschaftskrisen

- Im Hause -

26.02.2021

Fazit der FDP-Fraktion zu den Anhörungen im Themenblock 2: Stand der Forschung über die Verbreitung und Übertragung, Konsequenzen für das öffentliche und private Leben

Bei den Anhörungen am 18.01. und am 08.02.2021 zum Themenblock 2 wurden Expert_innen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Disziplinen angehört. Ziel der Anhörungen war es, einen Status quo der Erkenntnislage in der aktuellen Pandemie zu erarbeiten sowie in die Zukunft zu blicken, um für künftige pandemische Lagen bestmöglich aufgestellt zu sein.

Leitfragen der Anhörung waren somit unter anderem die nach dem aktuellen Stand der Pandemiebekämpfung in Niedersachsen und in den niedersächsischen Forschungseinrichtungen. Außerdem wurden die Anzuhörenden zukunftsweisend danach befragt, wie sich der Wissenschaftsstandort Niedersachsen aufstellen kann, um schnell und effizient auf zukünftige Pandemien vorbereitet zu sein und wie die Politik dabei unterstützen kann. Zudem wurde beleuchtet, welche Auswirkungen die Schutzmaßnahmen auf unterschiedliche Gruppen in der Gesellschaft haben.

Bei den Anhörungen wurde deutlich: Ein gemeinsames Ziel seitens der Landtagsfraktionen und auch seitens der Anzuhörenden ist es nach wie vor, die Gesundheitsämter und das Gesundheitssystem zu entlasten. Dazu sollen die Infektionszahlen insgesamt langfristig reduziert und auf Dauer auf einem möglichst niedrigen Niveau gehalten werden. Ein für unsere Fraktion neuer interessanter Vorschlag aus der Anhörung war es beispielsweise, den Öffentlichen Gesundheitsdienst zu entlasten, indem positiv Getestete ihre Kontaktpersonen eigenverantwortlich informieren.

Weiterhin bestand Einigkeit darüber, dass der jetzige Lockdown eine massive Belastung für unsere Gesellschaft darstellt und dieser Zustand nicht dauerhaft sein darf. Zu den weitreichenden Sekundärschäden eines Lockdowns berichteten Prof. Dr. Baumann und Dr. Bahr. Prof. Dr. Baumann machte in diesem Zusammenhang auf die Gefahren, die durch Verzögerungen der medizinischen Behandlungen auf Krankheitsverläufe und ausgefallene Vorsorge- und Kontrolluntersuchung von Krebspatienten entstehen, aufmerksam. Dr. Bahr schilderte die seelischen und psychischen Folgen des Lockdowns auf unsere Gesellschaft.

Unterschiedliche Auffassung bei den Expert_innen und bei den Fraktionen bestand jedoch darüber, welche Maßnahmen zur Reduktion der Infektionszahlen erforderlich sind und wie man in Zukunft mit dem aktuellen Virus umgehen sollte.

Prof. Dr. Streeck, der zu Beginn sehr ausdrücklich auf die lange Historie von Viren in unserer Gesellschaft einging, führte aus, dass wir trotz des Impfstoffs langfristig mit dem Coronavirus und seinen Mutationen werden leben müssen. Anhand seiner Schilderungen sehen wir unsere Forderung nach einer Langfriststrategie im Umgang mit dem Corona-Virus bestätigt.

Einen ersten Schritt in Richtung einer langfristigen Strategie sehen wir durch den von der Landesregierung vorgelegten Stufenplan zur Öffnung der derzeit geschlossenen Bereiche. In diesem Zusammenhang unterstützen wir ausdrücklich Prof. Dr. Gerhardus, der in seinen Ausführungen verdeutlicht, dass ein Stufenplan nicht nur auf Angaben zu gesundheitlichen Indikatoren beruhen darf, sondern darüber hinaus auch Zahlen und Daten aus Bereichen benötigt, die nicht unmittelbar mit der Gesundheit zu tun haben.

Übereinstimmend waren die Meinungen Expert_innen darüber, dass sich derzeit nicht zuverlässig belegen lässt, wo sich das Infektionsgeschehen in Deutschland abspielt. Die Anhörungen im Sonderausschuss bekräftigten somit übereinstimmend die Überzeugung unserer Fraktion, dass wir, um die jetzige Pandemie besser zu verstehen und um auf zukünftige Pandemien besser vorbereitet zu sein, eine valide Datenbasis über Ausbreitungswege und tatsächliche Ansteckungswege brauchen.

Aus der Anhörung haben wir ebenfalls gelernt, dass der Wissenschaftsstandort Niedersachsen bereits sehr gut aufgestellt ist und Aspekte der SARS-CoV-2- Pandemie an verschiedenen Standorten und Institutionen intensiv erforscht werden. Trotzdem bedarf es einer Intensivierung der Forschung auf einer vernetzten und interdisziplinär aufgestellten Basis, um die Auswirkungen der Pandemie auf alle gesellschaftlichen und gesundheitlichen Bereiche zu verstehen und daraus Maßnahmen abzuleiten. Hierbei wurde deutlich, dass auch soziale, psychische, berufsbezogene Aspekte eine große Rolle spielen. Prof. Dr. Vogel hat in diesem Zusammenhang sehr eindrücklich geschildert, wie wichtig es ist, ein Sozialprofil des Virus zu erarbeiten und wie elementar die Erfassung von soziodemografischen Daten über das Virus für die Legitimation von Politik in der Pandemie ist.

Zusammenfassend leiten wir für unsere Fraktion daraus ab, dass in Zukunft eine koordinierte Bündelung von interdisziplinären und komplementären Expertisen notwendig ist, um auf die vielfältigen Aspekte einer künftigen Pandemie vorbereitet zu sein. Die Anhörungen zu diesem komplexen Themenbereich haben gezeigt, dass große gesellschaftliche Herausforderungen wie eine Pandemie den Austausch unterschiedlicher Expert_innen und akademischer Fächer erfordern. Die wissenschaftliche Expertise aus Virologie und Epidemiologie ist nach wie vor von einer zentralen Bedeutung. Ebenso wichtig ist es jedoch, psychologische, sozialwissenschaftliche und weitere Disziplinen bei den Entscheidungen über die weitreichenden politischen Maßnahmen zu berücksichtigen. Die Pandemie ist demnach als gesamtgesellschaftliches Problem zu betrachten, welches von global bis kommunal jede Ebene betrifft.

Aus den vielfältigen Beiträgen zu diesem umfassenden Themenblock folgen daraus für unsere Fraktion die wesentlichen Schlussfolgerungen:

- Um die die Maßnahmen und deren Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche zu begleiten und die Landesregierung zu beraten, ist es geboten, einen interdisziplinären und koordinierten Pandemie-Beirat zu gründen. Dieser Beirat soll den Diskurs zwischen Wissenschaft und Politik initiieren und zu intensivieren und durch seine fachübergreifende Aufstellung ein Gesamtbild der Lage ermöglichen.
- Kriterien und Maßstäbe, an denen sich zukünftige Lockerungen oder Verschärfungen orientieren, müssen sich aus einer differenzierten und breiten Lagebetrachtung ergeben und Kennzahlen aus unterschiedlichen Disziplinen miteinbeziehen.
- Um die aktuelle Pandemie und kommende Pandemien besser zu verstehen und schneller handlungsfähig zu sein, brauchen wir valide Daten über Ansteckungs- und Ausbreitungswege. Dazu gehören auch soziodemografische Daten der Infizierten.
- Die vulnerablen Gruppen unserer Gesellschaft müssen in der aktuellen Pandemie besser geschützt werden. Das gilt insbesondere für Alten- und Pflegeheime. Dabei dürfen die Menschen dieser Gruppe nicht isoliert werden.